

Welchen Staat braucht die Wirtschaft?

Referat von Ueli Forster an der Generalversammlung der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers vom 10. Juni 2005 in Luzern

Herr Präsident,
Herr Regierungsrat,
Frau Ständerätin, Herren Nationalräte,
Sehr geehrte Damen und Herren

Vorbemerkung

Das mir vorgegebene und in der Einladung angekündigte Thema „Beziehungen zwischen Finanzplatz und Wirtschaft“ stellt mich offengestanden vor ein Problem. Es stipuliert einen Gegensatz, der in Wirklichkeit nicht besteht. Der Finanzplatz ist unbestreitbar ein Teil unserer Wirtschaft – mit 13,8 % der Wertschöpfung bei 5,7% der Beschäftigten im Jahre 2004 ein sehr wichtiger Teil zudem. Und wenn man sich vorstellt, dass die Depots in den Banken einen Betrag von 3459 Milliarden Franken ausmachen, was fast 10 mal mehr ist als unser BIP, dann wird einem die Bedeutung erst recht bewusst. Aber diese Ihnen wohlbekannten, eindrücklichen Zahlen sind kein Grund, über einen nicht existierenden Gegensatz ein Referat zu halten.

economiesuisse hat im Laufe der Jahre immer wieder betont, dass die Schweizer Wirtschaft aus Finanz- und Werkplatz im Sinne einer Einheit besteht. Denn beide sind eng miteinander verflochten und aufeinander angewiesen. So schrieben wir vor drei Jahren im Rahmen der Diskussionen um die Leitlinien des Bundes für die Finanzplatzpolitik:

... Trotz unterschiedlicher Beurteilung einzelner Sachverhalte und Detailfragen ist die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Finanz- und Werkplatz falsch. Ohne leistungsfähige Unternehmen fehlt es dem Finanzplatz an seiner Basis ... und ohne die Leistungsfähigkeit des Finanzplatzes verlieren unsere Unternehmen einen zentralen komparativen Vorteil.

Entscheidend ist, dass der Finanzplatz seine Vermittlerrolle zwischen Kapital und Unternehmen effizient wahrnimmt. Dazu gehören optimale Rahmenbedingungen – von einer effizienten Infrastruktur bis zu optimalen Steuerbedingungen - , eine schlanke aber wirksame Aufsicht – mit Einbezug der Selbstregulierung, aber auch Regeln zur Vertrauenssicherung – von der Rechnungslegung und Berichterstattung bis zur Corporate Governance.

Diese Ausführungen haben auch heute noch Geltung. Natürlich sind die verschiedenen Sektoren in Einzelfragen unterschiedlich betroffen. Die Stärke unserer Wirtschaft liegt jedoch im Finanz- und Werkplatz, ein Ausspielen des einen gegen den anderen rüttelt an den Pfeilern, auf denen unser Wohlstand ruht. Wichtig sind die gemeinsamen Interessen.

Eine Analyse unserer Standortbedingungen aus Sicht der Unternehmen aller Branchen zeigt klar Handlungsbedarf auf. Wir betonen das immer wieder, und so erlaube ich mir auch heute, den Bogen weiter zu spannen und – zeitbedingt nur thesenartig – auf die Frage einzugehen, welchen Staat unsere Wirtschaft braucht. Wenn mir nämlich hin und wieder scheint, dass Staat und Gesellschaft heute nicht so recht wissen, was sie eigentlich von der Wirtschaft wollen (ausser dass sie zu wachsen hat), so will ich das Umgekehrte versuchen, nämlich aufzeigen, was denn die Wirtschaft vom Staat erwartet. Ausgangspunkte sind für mich der weltweite Wettbewerb und die Beurteilung in der Halbzeit der laufenden Legislatur.

Sechs Forderungen der Wirtschaft an den Staat im globalen Umfeld

Ich definiere den Staat sehr weit und verstehe alle seine Ebenen und Akteure, die nicht dem privaten Sektor zuzurechnen sind. Je nachdem wie man die Staatsquote definiert, betreffen diese Ebenen und Akteure bis zu 50% des BIP. Um es gleich vorweg zu sagen: Die Wirtschaft braucht einen starken Staat, aber dieser braucht noch mehr eine starke Wirtschaft. Ohne eine solche geht es bergab, und zwar für beide, den Staat und Wirtschaft. Weshalb ich davon ausgehe, dass wir uns darüber einig sind, dass es generell nicht nur darum geht, dass unser Land im globalen Wettbewerb mehr oder weniger besteht, sondern dass es einen Spitzenplatz hält und dies nachhaltig.

1. Internationaler Wettbewerb als Orientierung

Als ersten Punkt möchte ich die Forderung aufstellen, dass wir einen Staat brauchen, dessen Akteure die „Wirtschaftswelt“ kennen und sie verstehen, weil er sich laufend von aussen und zum Teil auch nach aussen orientiert. Ein solcher Staat beobachtet jede internationale Entwicklung mit Wirkung auf die Stellung der Schweiz im globalen Wettbewerb. Er vergleicht sie kritisch, realisiert Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken und antizipiert Veränderungen. Er analysiert aber nicht nur, sondern zieht konkrete Folgerungen für die Politik. Er stellt diese transparent dar und macht sie nachvollziehbar. So wie es im Unternehmen nur wirklich vorwärts geht, wenn die Mitarbeitenden mitkommen – also mit im Boot sind -, müssen die Bürger und Bürgerinnen verstehen was sich abspielt und die Vorgänge einordnen können. Das Wichtigste in der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit ist und war schon immer das Darstellen vorab der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Geschieht das nicht rechtzeitig und fehlt der positive Resonanzboden in der Bevölkerung, verweigern Bürgerinnen und Bürger bei den Entscheiden die Gefolgschaft. Dies hat in diesen Tagen auch die EU erfahren.

2. Wahrung des Handlungsspielraums notwendig

Sodann brauchen wir zweitens einen Staat, der seinen Handlungsspielraum intern wie extern so gross wie möglich hält, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Diese Forderung ergibt sich vor allem aus der Kleinräumigkeit unseres Landes. Wie für ein Unternehmen ist auch für ein Staat die Erhaltung des Handlungsspielraums zur Erhaltung der Unabhängigkeit zentral. Das gilt nach aussen wie nach innen.

In der Aussenpolitik müssen die Wirtschaftsinteressen unseres Landes noch klarer in den Vordergrund gestellt werden. Die Aussenwirtschaftspolitik kann und soll wohl mit der Aussenpolitik abgestimmt, letzterer aber nicht unterstellt werden. Handelsdiplomatie war deshalb für mich schon immer die einzig wirklich effektive. Für die Wirtschaft ist der Marktzugang und die Nichtdiskriminierung gegenüber ausländischen Konkurrenten von zentraler Bedeutung. Als Instrumente bieten sich der multilaterale und der bilaterale Weg an. Konkret bedeutet dies die Unterstützung der laufenden Doha-Runde im Rahmen der WTO und neuer bilateraler Abkommen mit wichtigen Absatzmärkten in Übersee. Ich denke an die USA und Japan sowie an die BRICs-Gruppe, d.h. an Brasilien, Russland, Indien und China. Ich denke an das dichte Netz von Doppelbesteuerungs-, Investitionsschutz- und Handelsabkommen. Ich denke an die ausgehandelten Freihandelsabkommen und die ganze Reihe der gegenwärtig laufenden Verhandlungen mit einer Reihe anderer Länder. In Europa stehen natürlich unsere bilateralen Beziehungen zur EU im Vordergrund. Unsere „Treaty Making Power“ muss im Interesse der Wirtschaft bewahrt und ausgiebig benützt werden. Ein Land, das weltweit im Vergleich zum BIP mit 445 Mia Fr. die wohl höchsten Direktinvestitionen der Welt hat, hat nicht nur eine gute Verhandlungsposition, sondern tut gut daran, diese Werte im Interesse der Investoren autonom zu verteidigen und nicht an eine supranationale Kraft zu delegieren. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb *economiesuisse* keinen Beitritt zur EU will.

Auch in der Innenpolitik geht es darum, dass der Staat unseren Unternehmen Handlungsspielraum verschafft. Die Forderung lautet, dass er das auf der ganzen Palette seines Einflussbereichs tut, damit Unternehmen wettbewerbsfähiger werden. Er tut dies primär, indem er Wettbewerb und Eigenverantwortlichkeit fördert und indem er das Unternehmertum lustvoller gestaltet, es also nicht mit Regelungen und Bürokratie unnötig einengt. Das Bestehen im Wettbewerb ist nämlich schon anspruchsvoll genug, als dass es noch jede Menge unnötiger „Übungsbestimmungen“ leiden mag. Als ich vor 40 Jahren Unternehmer wurde, fühlte ich mich frei in der Umsetzung meiner Ideen, der Staat war für mich da wenn immer ich ihn brauchte. Diese Achtung vor dem Unternehmertum ist im Laufe der Jahre zu institutionellem Misstrauen degeneriert, mit Kontrolle von allem und jedem. Ich gehe davon aus, dass gerade Ihre Branche unter dieser Seuche massiv leidet, während sich die Konkurrenten anderer Finanzplätze freuen.

Wie den Unternehmen verschaffen aber auch andere Dinge dem Staat den nötigen Handlungsspielraum. Vorab denke ich an eine gesunde Finanzpolitik, welche weder der heutigen noch künftigen Generationen Lasten aufbürdet, die ihnen künftigen Handlungsspielraum entziehen. Bei einem Schuldenberg von 250 Mia der öffentlichen Hand brauche ich Ihnen nicht vorzurechnen, dass schon ein kleiner Zinsanstieg Zusatzausgaben im doppelten Umfange unseres gesamten Verteidigungsbudgets verursachen würde.

3. Förderung des Humankapitals als wichtigstes Asset

Wir brauchen drittens als Land ohne grosse natürliche Ressourcen einen Staat, der das Humankapital als wichtigstes „Asset“ in jedem Alter und auf jeder Stufe so fördert, dass sich zusammen mit anderen Produktionsfaktoren ideale Voraussetzungen für das Unternehmertum geschaffen werden, die diese Produktionsfaktoren miteinander verknüpfen, um Werte zu schaffen.

Entsprechend grosses Gewicht ist einer auf den internationalen Wettbewerb ausgerichteten Bildungspolitik zuzumessen. Ich kann hier beispielhaft auf unsere Analyse von fünf Spitzenuniversitäten und die entsprechenden Schlussfolgerungen für die Schweiz verweisen, die wir im Januar publiziert haben. Geld ist dabei immer wieder wichtig, nicht aber der entscheidende Faktor. Höhere Bildungsausgaben versprechen nicht automatisch bessere Leistungen, entscheidender sind Strukturen und Qualität. Die Schweiz braucht eine Bildungsphilosophie, die auf Freiräume, Eigeninitiative und –Verantwortung sowie Wettbewerb setzt.

4. Fiskalische Erleichterung von Anpassungen

Das Wirtschaftswachstum kommt von den Unternehmen. Der Staat muss daher viertens auch fiskalisch Wettbewerbsvorteile bieten. Es muss also Spass machen, in diesem kleinen Land zu leben, zu arbeiten und Arbeitsplätze zu schaffen und ein Vermögen anzuhäufen. Kleine Länder bieten in aller Regel fiskalische Vorteile im Vergleich zu grossen. Wenn ich heute nach mehreren Jahren tiefer Zinsen feststelle, dass mir in diesem Land der Staat Jahr für Jahr mit der Einkommens-, und vor allem der Vermögenssteuer, inflationsbereinigt mehr als die Zinsen auf meinen Ersparnissen wegfrisst, dann stimmt etwas am System nicht. Unglaublich, das keiner der Betroffenen Frustrierten es wagt, dagegen etwas zu sagen! (Nebenbemerkung eins: Höchstens gegenüber den Banken, die mit hohen „Fees“ und Depotgebühren in dieser Situation den Höhepunkt des Frustes hervorrufen. Und Nebenbemerkung zwei: Die Positiven unter Ihnen werden sagen, dass so risikoreicheres Investieren gefördert werde, das auch die besten Chancen bietet; die von Natur aus Negativen werden indes kaum mehr Risiken laufen wollen – und so ist die Bilanz negativ).

Ein massgeblicher Incentive für unternehmerisches Handeln sind nachgewiesenermassen auch die Unternehmenssteuern. Dass vorgesehene Reformen primär beim Aktionär ansetzen ist trotzdem richtig. Denn die Kumulation wirkt vor allem bei Eigentümer-Unternehmern beinahe konfiskatorisch. Ein Punkt, den ich in diesem Zusammenhang immer wieder erwähne ist der, dass ein standortförderndes und wachstumsorientiertes Steuersystem auch maximale Flexibilität bei aller Art wirtschaftlicher Anpassung zu fördern hat. Auch wer eines Tages aussteigen will verdient Erleichterung, denn über die Zeit müssen der Einsatz des Humankapitals und der anderen Produktionsfaktoren immer wieder optimal kombiniert und so der Strukturwandel gefördert werden. Dies ist heute dank des Verzichts auf eine Kapitalgewinnsteuer und dank eines mobilen Arbeitsmarktes noch eine Stärke des Standortes Schweiz und darf nicht aufgegeben werden. Dagegen sind die sogenannten fiskalischen Ärgernisse (Stichworte Teilliquidation und Transponierung) Elemente, welche die wirtschaftliche Veränderungsdynamik bremsen.

5. Gegen rückwärtsorientierte Kräfte

Wir können uns dem weltweiten Wandel nicht entziehen, denn Stillstand bedeutet Rückschritt. Somit brauchen wir fünftens einen Staat, der alle rückwärtsgerichteten Kräfte ausbremst oder Ihnen zumindest nicht noch regulatorische Unterstützung gibt. Es sind dies die erwähnten wettbewerbsfeindlichen Elemente. Dazu zähle ich nicht nur Teile der Wirtschaft selbst, sondern auch der ganze sogenannte administrierte Sektor. Sonderbar ist hierzulande, dass diejenigen, die den Wettbewerb gewöhnlich preisen, tausend Ausreden finden, wenn sie Gelegenheit haben, ihn zu beschränken. Sie machen sich dann auch gerne die Regulierungswut der Verwaltung zu nutze. Wird man das Cassis de Dijon Prinzip konsequent anwenden, wird deshalb wohl mancher Beamte in Bern überflüssig. Böse Zungen sagen, dass auch Banken dann den Regulator rufen, wenn sie ihre eigene Wettbewerbsstellung damit festigen können. Und dann ist es natürlich das grösste Kartell in diesem Land, die Gewerkschaften, die mit rückwärts gerichteter Politik oft primär die Interessen derjenigen, die Arbeit haben oder pensioniert sind verteidigen und nicht so sehr die Interessen derjenigen, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Sie fördern mit ihrer inlandorientierten Politik die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und erhöhen mit unflexibler Lohnpolitik die Sozialhilfekosten.

6. Visionen und Leadership gefordert

Und schliesslich brauchen wir sechstens einen Staat, dessen Führung Visionen hat, die weiss, wo und wie sie unser Land im internationalen Kontext positionieren will und entsprechende Leadership an den Tag legt. Dabei geht es nicht um abgehobene Gesamtkonzepte. Aber wenn es der Bundespolitik nicht einmal gelingt, insgesamt wenig ambitionöse Legislaturziele zu verabschieden, wie soll denn unser Weg etwas anderes werden als eine Irrfahrt? Und wenn sich der Bundesrat nicht aufrafft und endlich wieder mit einer Stimme spricht, so ist das nicht der Staat, den die Wirtschaft braucht. Dass es übrigens auch einem ehemaligen Wirtschaftsführer nicht gelingt, solche Prinzipien, die in seinem Unternehmen hochgehalten worden sind, in die Politik einfliessen zu lassen, ist schwer verständlich. Auf meinen Reisen mit Bundesräten rund um den Erdball bin ich immer wieder erstaunt, wie klar die Programme der Regierungen erfolgreicher, aufstrebender Länder sind. Klar, dass das in unserem System schwieriger ist, aber unmöglich sollte es nicht sein. Die Wirtschaft will staatliche Leadership im Sinne der Berechenbarkeit. Je zuverlässiger und absehbarer die Rahmenbedingungen, um so mehr können sich Unternehmer arrangieren. Je zerstrittener Bundesrat und Parlament, umso schlechter fühlt sich die Wirtschaft. Oder sie nimmt – wie ich oft beobachte – das Spiel gar nicht mehr in ihrer vollen Tragweite wahr und desinteressiert sich. Bei den jungen Managern ist das ausgeprägt. Sie engagieren sich deshalb auch weniger in der Politik.

Ernüchternde Halbzeitbilanz der Legislatur

Wenn Sie mit mir einig sind, dass an diesen Forderungen aus Sicht der Wirtschaft etwas dran ist, so wäre nun eine Gegenüberstellung mit dem Ist-Zustand fällig. Ich ziehe daher eine kurze Halbzeitbilanz der laufenden Legislatur. Diese fällt ernüchternd aus:

Aus Sicht von *economiesuisse* und sicher auch von vielen Unternehmerinnen und Unternehmern müsste sie eine Legislatur des Aufbruchs sein. Die OECD hat unzweideutig diagnostiziert, dass „rasche und ehrgeizige Strukturreformen“ notwendig sind, damit wieder mehr Wachstum und mehr neue Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen werden. Die Hoffnung, welche die Wirtschaft in die Führungskraft des neu zusammengesetzten Bundesrats gesetzt hatte, hat sich bis heute nicht erfüllt. Das polarisierte Parlament, das insgesamt bei den letzten Wahlen eine Verstärkung des links-grünen Lagers erfahren hat, bringt in den meisten wichtigen Sachfragen keine mehrheitsfähigen Lösungen zustande. Die Parteien sind nach personellen Wechsels vorwiegend mit sich selbst beschäftigt und – bereits im Hinblick auf die nächsten Wahlen 2007 – auf die Eigenprofilierung fixiert. Das „window of opportunity“ dieser Legislatur schliesst sich schnell.

Es ist indessen nicht alles negativ, was bisher geleistet wurde. Und ich will in meiner Ansprache auch nicht durchwegs negativ sein.

So sind beispielsweise auf der Aktivseite zu verbuchen:

- **Ausgabenseitige Sanierung der Bundesfinanzen**
Mit den Entlastungsprogrammen 03 und 04 kann trotz einigen, etwa regionalpolitisch motivierten Sündenfällen, eine deutliche Abflachung des Ausgabenwachstums erzielt werden. Der Druck und die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parlamentariern seitens von *economiesuisse* hat entscheidend dazu beigetragen.
- **Öffnung in der Aussenwirtschaftspolitik**
Der Abschluss der Bilateralen II sowie die Aushandlung des Protokolls über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten stellen bedeutende Fortschritte dar. Auch die von uns geforderte neue Gewichtung der Aussenwirtschaftspolitik (u.a. Stärkung der Beziehungen zu wichtigen aussereuropäischen Partnern wie USA und Japan, dazu Verhandlungen mit Thailand, Südafrika, Kanada und anderen Ländern mehr) lässt einen neuen Realismus in der Aussenpolitik erkennen. Zudem trägt sie den unsicheren Perspektiven der WTO-Verhandlungen Rechnung.
- **Verstärkter Wettbewerb in der Binnenwirtschaft**
Das neue Binnenmarktgesetz, das mehr Wettbewerb innerhalb der Schweiz bringen soll, und von uns von Anfang an unterstützt wurde, ist auf gutem Weg, sofern der Nationalrat nächste Woche den Anträgen der Mehrheit Folge gibt und keine zusätzlichen Ausnahmen einführt. Wichtig ist hier ein Durchsetzungsmechanismus. Sonst bleibt die Liberalisierung ein Lippenbekenntnis oder ein Papiertiger. Die von uns geforderte Stärkung der Weko ist daher die Nagelprobe für die vorgeschlagene Liberalisierung.
- **Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit für die Exportwirtschaft**
Das Projekt einer ausgebauten Exportrisikoversicherung, das Schweizer Unternehmen gleich lange Spiesse auf Märkten mit hohen Risiken bringen soll, hat die ersten parlamentarischen Hürden genommen. *economiesuisse* hat sich mit den besonders betroffenen Branchen für dieses Vorhaben stark eingesetzt, auch um eine ordnungspolitisch vertretbare Konstruktion zu erzielen.

Leider fallen die auf der Passivseite einzureihenden Posten mehr ins Gewicht.

Das Wachstumsjahr 2004 hätte der Politik Gelegenheit geben sollen, die anstehenden Strukturprobleme mutig anzupacken. Dies ist nicht geschehen. Zu sehr richten sich die von der Exekutive in die politische Arena gebrachten Vorschläge von Anbeginn weg auf Konsens und Mehrheitsfähigkeit statt an den strukturellen Problemen aus. Solche Vorgaben, die im parlamentarischen Prozess verwässert werden, vermögen weder der wachstumspolitischen Zielsetzung noch den Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs gerecht zu werden.

Die konkreten Beispiele sind zahlreich:

- eine langfristig nach wie vor **unkontrollierte Finanzperspektive**, denn eigentliche Strukturreformen sind bisher ausgeblieben,
- eine **IV-Sanierung**, die erst nach Jahren einen Spareffekt ankündigt und zwischenzeitlich zum überwiegenden Teil über Mehreinnahmen finanziert wird,
- eine **Strommarktöffnung**, deren Effizienzwirkung durch kostspielige Fördermassnahmen für neue erneuerbare Energien weitgehend zunichte gemacht wird,
- eine **Unternehmenssteuerreform**, die klar hinter den Erwartungen der Unternehmen zurückbleibt und mit den Reformen in anderen Ländern nicht Schritt halten kann,
- eine weitere **Erhöhung von belastenden Abgaben** (CO₂-Abgabe) und eine Menge neuer **administrativer Belastungen** (Lohnausweis, Formalismus rund um die Mutterschaftsversicherung, Regulierungsflut im Bankensektor, etc.)

alles Bereiche, die gemäss Massnahmenpaket des Bundesrats explizit als wachstumsrelevant aufgeführt worden sind.

Anstelle der entscheidenden Fragen, ob mit einer Vorlage tatsächlich zusätzliches Wachstum geschaffen wird, ob sie zur Rückgewinnung des Handlungsspielraums dient und ob sie die Wettbewerbskraft unseres Standortes im Vergleich zu den Konkurrenten im Ausland stärkt, wird auf die Vermeidung politischer Widerstände geachtet.

Die unsere Standortpolitik diktierende internationale Dynamik kann nicht auf die nationale Ebene durchschlagen, wenn sie durch Unsicherheiten im Land blockiert wird. Dafür sind wie erwähnt eine starke Regierung und eine kohärente Politik entscheidend. Unser nördliches Nachbarland hat uns in den vergangenen Jahren gezeigt, wie fatal sich eine interne Unsicherheit auswirkt.

Eine geschwächte Regierung kann sich aber auch international schwer durchsetzen. Wir dürfen ja nicht vergessen, dass sich unsere Verhandlungspartner an parlamentarische Systeme mit Mehrheits-/Minderheitsregierungen gewohnt sind und nicht an unser Kollegialsystem und die direktdemokratischen Elemente.

Dringender Handlungsbedarf

Früher war es in der eidgenössischen Politik so, dass Anliegen der Wirtschaft fast immer ernst genommen wurden und ein Wohlstandsgewinn fast automatisch angenommen wurde. Heute ist das nicht mehr der Fall. Die Verwaltung ist Druck aus verschiedenster Richtung ausgesetzt. Viele Interessen haben indes nichts mit Wohlstandsmehrung zu tun. Das Gegenteil ist oft der Fall. Die Regulierungsflut steigt umgekehrt proportional zu gegenteiligen Absichtserklärungen der Regierung. Es scheint mir, es seien ihr die Dinge aus der Hand geglitten in voreiliger Suche nach dem Kompromiss.

Wie verhält sich *economiesuisse* in dieser Situation?

Zuerst muss ich feststellen, dass es eine einheitliche Meinung innerhalb der Wirtschaft nur selten gibt. Das macht es nicht immer einfach. Wie wollen wir zum Beispiel einen Einheitssatz in der Mehrwertsteuer erreichen, wenn doch die Differenzen der Branchen offensichtlich sind und auch die Gegenargumente ein gewisses Gewicht haben. Je komplizierter und vielschichtiger ein Sachverhalt ist, um so differenzierter wird auch unsere Position sein. Wir versuchen, die Zusammenhänge auf allen Ebenen zu erklären und machen uns, wenn wir nicht genügend Gehör bei der Regierung finden, die Hilfe uns befreundeter Parlamentarierinnen und Parlamentarier und einzelner Medien zu Nutze. Aber auch innerhalb der Verwaltung gibt es sehr viele Menschen, die froh sind, wenn wir die Dinge beim Namen nennen. Nach dem missglückten Steuerpaket arbeiten wir auch viel enger mit den Kantonen zusammen. Mit den Parteien stellen wir laufend fest, wo wir Konsens und wo wir Dissens haben und versuchen, gemeinsame Positionen zu definieren und umgekehrt wie wir mit allfälliger Uneinigkeit umgehen. Wir müssen auch den Mut haben, in heiklen Themen eine klare Meinung zu vertreten: Wenn zum Beispiel die Kontrollstelle für

Geldwäscherei immer selbtherrlicher, praxisfremder und wirtschaftsfeindlicher wird, dann müssen wir einen radikalen Marschhalt fordern.

In einer kritischen Beurteilung dürfen wir nicht übersehen, dass einzelne **Kreise der Wirtschaft an der inneren Blockade mitschuldig** sind. Es gibt Branchen, die sich mit der aktuellen Situation arrangiert haben und sich deshalb nicht für Veränderungen einsetzen. Sie sind dann auch nicht oder nur ungenügend bereit, die Initiativen zur Veränderung mit zu tragen und sich offensiv etwa in den Kampagnen zu engagieren.

Ich richte einen dringenden Appell an alle Wirtschaftsakteure, sich in unserer Arbeit zu engagieren und diese mit zu stützen. Unsere Themen haben immer direkt oder indirekt Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Die Zeiten des vornehmen Abseitsstehens und der Zurückhaltung sind schon länger vorbei. Gefragt ist vielmehr das persönliche Engagement, wie es etwa Ihre Vertreter in unseren Organen vorbildlich zeigen. Das persönliche Engagement von allen Unternehmensführern ist vor allem aber bei kritischen und entscheidenden Abstimmungen gefragt. Zu diesen zähle ich den 25. September, an dem unsere gesamten Beziehungen zur EU – und nicht nur die Erweiterung des funktionierenden Personenfreizügigkeitsabkommens auf 10 weitere Länder – auf dem Spiel steht. Ich bin sicher, Sie werden meine grossen aber notwendigen Erwartungen mit eigenem Einsatz erfüllen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Schweiz muss wieder ein Staat werden, in dem einer wachsenden Wirtschaft das Primat zugewiesen wird. Wir brauchen wachsenden Wohlstand als Mittel zur Kohäsion im Land und zur Finanzierung der Sozialwerke. Ohne Wachstum kein sozialer Staat. Um Vertrauen in einen dergestalt ausgerichteten Staat zu haben, müssen mehr als nur verbale Zeichen gesetzt werden. Um solche durchzusetzen braucht es neben der Einheit in der Wirtschaft primär eine geschlossene Regierung und Verwaltung, zum zweiten aber auch ein Parlament und eine Bevölkerung, welche die Prioritäten gleichermassen sehen. Hier einen Betrag zu leisten ist Aufgabe von *economiesuisse* und von allen die in der Wirtschaft tätig sind.